



**Florian Obner MdB**  
Ihr Bundestagsabgeordneter

Brief aus Berlin  
Newsletter

Nr. 8 27.04.2018





© Foto Florian Obner MdB

Grüß Gott liebe Parteifreunde,

bei dem Kongress „Pakt für den Rechtsstaat“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion standen am Mittwoch die Stärkung von Polizei und Justiz sowie deren Entlastung im Fokus. Bundesinnenminister Horst Seehofer kündigte zudem die baldige Einführung der Anker-Zentren an.

Zum 70. Jahrestag der Gründung des Staates Israel hat der Deutsche Bundestag am Donnerstag die besondere und enge Beziehung zwischen Deutschland und dem jüdischen Staat in einer Debatte gewürdigt. Ferner bekannte sich der Bundestag erneut zum Existenzrecht des jüdischen Staates und zum Kampf gegen Antisemitismus in unserem Land.

Der Bundestag will die rechtsextreme NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung ausschließen. Ein entsprechender Antrag von CDU/CSU, SPD und FDP erhielt am Donnerstagabend eine große Mehrheit.

Zudem durfte ich als Mit-Berichterstatter für die Luftfahrt in Berlin auf der ILA 2018 in die Welt der Luft- und Raumfahrt eintauchen. Besonderer Höhepunkt war das angenehme Gespräch mit ESA-Astronaut Matthias Maurer.

Am Freitag durfte ich zur Tunnelhavarie in Rastatt von 2017 als Berichterstatter für Baustellenmanagement im Bundestag sprechen. Dieses Unglück hat uns zwar einen



immensen volkswirtschaftlichen Schaden verursacht - Vorsatz oder Fahrlässigkeit der Bahn zu unterstellen, wie es die Opposition macht, geht aber viel zu weit. Dennoch müssen wir für zukünftiges Krisenmanagement daraus lernen.

Hier können Sie die Bundestagsrede noch einmal sehen:

<https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7222318#url=L21lZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03MjlyMzE4&mod=mediathek>

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Ihr Florian Obner MdB

Innere Sicherheit

## Pakt für den Rechtsstaat



© picture alliance / Jörg Carstensen / dpa



Bei dem Kongress „Pakt für den Rechtsstaat“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat Bundesinnenminister Horst Seehofer am Mittwoch die baldige Einführung der Anker-Zentren angekündigt.

### **Der Markenkern der Union**

Innere Sicherheit ist eines der Kernanliegen der Unionsfraktion. Trotz rückläufig Straftaten fehlen in Deutschland vielerorts Polizei- und Sicherheitskräfte. Beamte und Gerichte sind gleichermaßen überlastet. Daher stand die Stärkung von Polizei und Justiz sowie deren Entlastung im Fokus des ersten Fraktionskongresses dieser Wahlperiode. Es ist wichtig, die Handlungsfähigkeit unserer Sicherheits- und Justizbehörden durch mehr Personal, bessere Ausstattung und effizienteres Verfahrensrecht zu verbessern. Dadurch können langfristig mehr Straftaten verhindert, Täter schneller ermittelt und Schuldige konsequent verurteilt werden. Gerade die organisierte Kriminalität in Form von arabischen Clans fordert den Staat in besonderer Weise heraus. Auch die Flüchtlingskrise wirkt sich auf die Sicherheitslage im Land aus. Hier kann folglich nur ein starker Staat Abhilfe schaffen. Allein durch energische sicherheitspolitische Maßnahmen kann das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in einen starken Staat bewahrt werden. Das bekräftigte auch der Fraktionsvorsitzende von CDU/CSU Volker Kauder (CDU). Zwar habe man in der Bekämpfung der Kriminalität erste Erfolge erzielt, aber man dürfe nun nicht nachlassen. „Die Menschen machen sich nach wie vor Sorgen um ihre Sicherheit“, so Kauder und nahm gleichzeitig die Bundesländer in die Pflicht, mehr Personal in Staatsanwaltschaften, im Strafvollzug und bei der Polizei zu schaffen.

### **Die Anker-Zentren kommen**

Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) betonte vor allem die Wichtigkeit und Effizienz von Videoüberwachung. Der Einsatz von Überwachungskameras sei ein wesentlicher Beitrag für die Sicherheit der Bevölkerung. Seehofer kündigte den Ausbau der Videoüberwachung an Brennpunkten und stellte fest: „Es ist ein Gewinn an Freiheit, wenn wir die Aufnahmen nutzen, um Straftäter vor Gericht zu stellen.“ Einen weiteren Schwerpunkt legte Seehofer auf die Digitalisierung von Polizei- und Justizbehörden. Hierdurch sollen Ermittlungen und Verfahren beschleunigt und vereinfacht werden. Bundesinnenminister Seehofer will zudem, dass die ersten der geplanten Asyl- und Abschiebezentren in vier bis fünf Monaten ihre Arbeit aufnehmen können: „Ich will, dass wir sie im August oder September in Betrieb nehmen.“ Dies habe er auch mit mehreren Landesinnenministern bereits so besprochen. In den Anker-Zentren soll zunächst die Identität der Asylbewerber geklärt werden. Dies beinhaltet auch die Altersfeststellung bei jungen Flüchtlingen. In den Zentren sollen zudem Asyl-Entscheider und auch Verwaltungsrichter über den Schutzstatus der Asylbewerber entscheiden können. Bei der Ablehnung eines Asylantrags soll auch direkt vor Ort eine schnelle Abschiebung in die Wege geleitet werden. Neben Horst Seehofer und Volker Kauder nahmen unter anderem auch Jens Gnisa, Vorsitzender des Deutschen Richterbundes, Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft und Winfried Bausback, Bayerischer Staatsminister der Justiz an dem Fraktionskongress in Berlin teil.



70 Jahre Israel

## Bundestag bekennt sich zu Israel



© picture alliance / AP Images

Zum 70. Jahrestag der Gründung des Staates Israel hat der Deutsche Bundestag am Donnerstag die besondere und enge Beziehung zwischen Deutschland und dem jüdischen Staat in einer Debatte gewürdigt.

### Ein schwerer Start

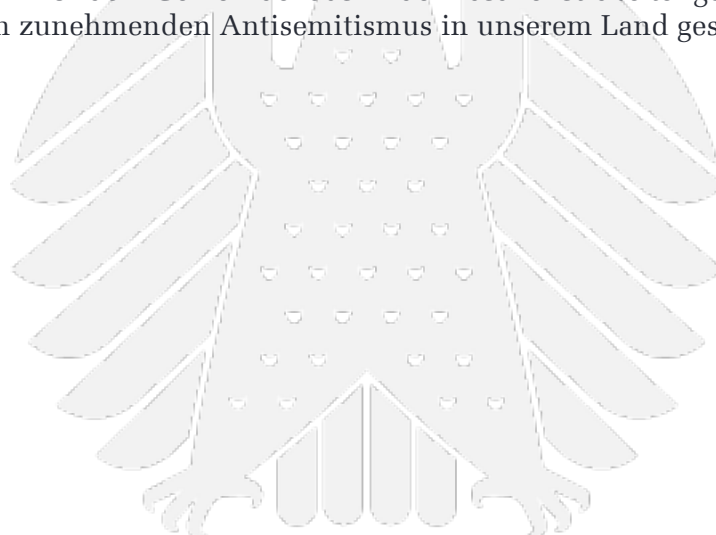
Für Deutschland ist die Staatsgründung Israels und die einmalige und enge deutsch-israelische Freundschaft von besonderer Bedeutung, denn Deutschland trägt die historische Verantwortung für den industriellen Massenmord an den Juden Europas. Vor allem die junge Bundesrepublik und der Staat Israel waren sich am Anfang noch ziemlich fremd. Zu frisch waren die Erinnerungen an die Schrecken des Zweiten Weltkriegs und den Holocaust. Dennoch bemühten sich beide Länder früh um den gegenseitigen Austausch. Vor allem Konrad Adenauer war die Aussöhnung mit dem jüdischen Volk ein besonderes Anliegen. Im März 1960 kam es schließlich zum ersten persönlichen Zusammentreffen von Bundeskanzler Adenauer mit dem israelischen Ministerpräsidenten Gurion im Hotel Waldorf Astoria in New York. Auch die CSU, allen voran Franz Josef Strauß, pflegte von Anfang an gute Kontakte zu Israel. So unterstützte Strauß als Verteidigungsminister tatkräftig die Verteidigungsbemühungen des jüdischen Volkes. Ebenso sprach sich Strauß frühzeitig für eine Wiedergutmachung aus, getragen



von dem tiefen Wunsch nach Aussöhnung. Diesem politischen Erbe fühlt sich Deutschland auch heute noch verpflichtet.

### **Deutschland ist sich seiner Verantwortung bewusst**

Anlässlich des Geburtstags Israels in der vergangenen Woche hat sich der Bundestag daher erneut zum Existenzrecht des jüdischen Staates und zum Kampf gegen Antisemitismus in Deutschland bekannt. Dieses unterstrich auch Christian Schmidt (CSU) in seiner Rede und verwies auf die ständige Bedrohung, welcher Israel seit seiner Gründung ausgesetzt sei. Laut Schmidt habe Israel in Deutschland aber einen verlässlichen Partner, welcher das Land noch nie im Stich gelassen habe und niemals im Stich lassen werde. In seiner Rede ließ Schmidt auch persönliche Einblicke zu. So habe ihn sein Besuch in Yad Vashem als Student damals tief bewegt und einen bleibenden Eindruck hinterlassen. Aus der Vergangenheit erwachse daher eine Verpflichtung für die Zukunft. Das Parlament verabschiedete schließlich mit großer Mehrheit einen gemeinsamen Antrag von CDU/CSU, SPD und FDP, der die besondere Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit und das Existenzrecht Israels herausstellt. In diesem Antrag wird zudem die Zunahme antisemitischer Straftaten auf deutschem Boden scharf verurteilt. So heißt es, Deutschland müsse mit aller Entschlossenheit und mit allen Mitteln des demokratischen Rechtsstaats gegen Antisemitismus vorgehen. Bereits am Mittwoch hatten Politiker aller Parteien, darunter auch Bundestagsvizepräsident Hans-Peter Friedrich (CSU), an der Solidaritätskundgebung „Berlin trägt Kippa“ der Jüdischen Gemeinde zu Berlin vor dem Gemeindehaus in der Fasanenstraße teilgenommen und ein Zeichen gegen den zunehmenden Antisemitismus in unserem Land gesetzt.





Parteienfinanzierung

## Lindholz: „Jeder Euro, den wir hier investieren würden, wäre ein Euro zu viel“



© picture alliance / ZB

Der Bundestag will die rechtsextreme NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung ausschließen. Ein entsprechender Antrag von CDU/CSU, SPD und FDP erhielt am Donnerstagabend eine große Mehrheit.

### Kein Geld für die NPD

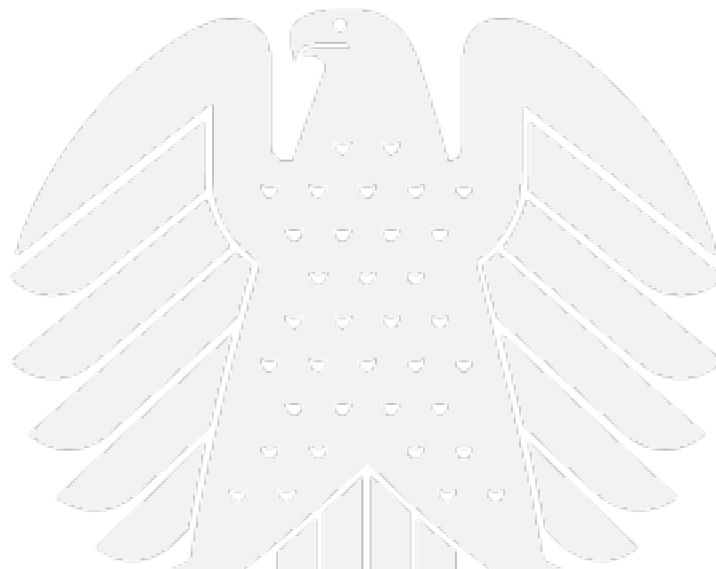
Nach der Bundesregierung und dem Bundesrat will nun auch der Deutsche Bundestag die rechtsextreme NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung ausschließen. In der vorangegangenen Debatte im Parlament stellte die Vorsitzende des Innenausschusses Andrea Lindholz (CSU) fest: „Sie mag am Rand der Bedeutungslosigkeit stehen, aber ihre verfassungsfeindliche, hasserfüllte und demokratieverachtende Ideologie ist bis heute so präsent wie eh und je.“ Daher müsse man alle Mittel, die der Demokratie zur Verfügung stünden, nutzen, um die NPD zu bekämpfen. Dazu gehöre auch der Entzug staatlicher Gelder. „Jeder Euro, den wir hier investieren würden, wäre ein Euro zu viel“, so Lindholz weiter. Sie stellte zudem klar, dass Extremismus in unserer Gesellschaft keinen Platz



habe, egal ob es um rechtsextreme Parteien, um Organisationen von linksradikalen Gewalttätern oder um islamistische Fundamentalisten gehe.

### **Große Mehrheit für Ausschluss von Parteienfinanzierung**

Der beschlossene Antrag geht ursprünglich auf eine Anregung des Bundesverfassungsgerichts zurück. Im vergangenen Jahr hatten die Verfassungsrichter in Karlsruhe zwar einen NPD-Verbotsantrag abgewiesen, da die Partei in Deutschland inzwischen zu unbedeutend sei, jedoch regten die Karlsruher Richter an, die Voraussetzungen für den Anspruch auf staatliche Parteienfinanzierung zu ändern. Voraussetzung für den Ausschluss ist nun, dass die Ziele einer Partei oder das Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet sind, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen, zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden. Entscheidend ist allein die verfassungsfeindliche Zielsetzung und Betätigung der Partei. Diese Regelung soll nun konkret auf die NPD angewandt werden. Der entsprechende Antrag von CDU/CSU, SPD und FDP fand am Donnerstagabend eine große Mehrheit. Demnach soll der Bundestag beim Bundesverfassungsgericht nun beantragen, dass die NPD für einen Zeitraum von zunächst sechs Jahren keine staatlichen Zuwendungen mehr erhält.



#### **Impressum**

Herausgeber: Florian Ossner MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 / 227 71 999

E-Mail: [florian.ossner@bundestag.de](mailto:florian.ossner@bundestag.de)

Fax: 030 / 227 76 999